AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 20.04.2026 | Georgia Cole

Hauptsache Abschreckung

Ob Iran oder Ukraine: Die jüngsten Kriege verstärken die fatale Botschaft, dass im Ernstfall nur Atomwaffen schützen.

Der Krieg der USA und Israels gegen Iran findet zu einer Zeit statt, in der das globale nukleare Nichtverbreitungsregime, insbesondere der Atomwaffensperrvertrag (NVV), bereits erheblich unter Druck steht. New START, der letzte bilaterale Atomwaffenkontrollvertrag zwischen den USA und Russland, lief im Februar ohne Nachfolger aus. China modernisiert und erweitert derzeit sein Atomwaffenarsenal. Frankreich hat ebenso eine Ausweitung seines Atomwaffenprogramms und eine engere nukleare Zusammenarbeit mit europäischen Partnern angekündigt.

In mehreren Nicht-Atomwaffenstaaten wie der Türkei, Polen und Südkorea scheint sich die öffentliche Meinung zunehmend zugunsten des Aufbaus eigener nuklearer Kapazitäten zu verschieben, da die Lehren aus dem Kalten Krieg und die Erinnerung an die verheerenden Folgen von Atomwaffen aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden. Diese Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund wachsender Zweifel an der Fähigkeit Washingtons, seine erweiterten Abschreckungs- und Sicherheitsverpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten aufrechtzuerhalten. Insbesondere könnten die Berichte über eine Verlegung eines Teils der US-amerikanischen *Terminal High Altitude Area Defense* (THAAD, eines Systems zur Bekämpfung von ballistischen Raketen) von Südkorea in den Nahen Osten den US-Verbündeten in Ostasien Anlass zur Sorge geben.

Die Belastungen für das Nichtverbreitungsregime bestanden bereits vor dem Iran-Krieg und vor den Berichten über die THAAD-Verlegung. Doch sie drohen, das Regime genau in dem Moment zu zerbrechen, in dem sich die internationale Gemeinschaft dies am wenigsten leisten kann. Es besteht die Gefahr, dass viele Staaten, die diese Entwicklungen beobachten, zu einem einfachen Schluss kommen: Atomwaffen schrecken Angriffe auf eine Weise ab, wie es konventionelle Fähigkeiten nicht können.

Es scheint unwahrscheinlich, dass Russland eine groß angelegte Invasion gegen eine nuklear bewaffnete Ukraine gewagt hätte.

Diese Überzeugung war bereits durch den russischen Einmarsch in die Ukraine gestärkt worden. Manche sahen ihn als Bestätigung dafür, dass Kiew durch die Aufgabe seines nuklearen Arsenals aus der Sowjetzeit schutzlos geworden war. Der Aufbau einer unabhängigen ukrainischen nuklearen Abschreckung wäre sicherlich erheblichen praktischen Hindernissen begegnet, beispielsweise bezüglich Fragen der Einsatzfähigkeit sowie der Führung und der Kontrolle. Doch es scheint unwahrscheinlich, dass Russland eine groß angelegte Invasion gegen eine nuklear bewaffnete Ukraine gewagt hätte. Wie die Ukraine wurden auch Irak und Libyen, die ihre Nuklearwaffenprogramme aufgegeben hatten, zum Ziel militärischer Angriffe. Im Gegensatz dazu hat das nuklear bewaffnete Nordkorea bisher militärische Aktionen gegen sich vermeiden können.

Die USA und Israel haben ihre Angriffe auf Iran unter anderem damit begründet, dass sie Teheran daran hindern wollten, in Zukunft Atomwaffen zu entwickeln. Beobachter könnten daraus jedoch die Lehre ziehen, dass der Iran eben nicht angegriffen worden wäre, hätte er bereits über eine nukleare Abschreckung verfügt. Zudem wurde Iran während zweier aktiver Verhandlungsrunden über die Beschränkung seiner nuklearen Ambitionen angegriffen – zuerst im Juni 2025 und dann erneut Ende Februar 2026. Für Staaten, die abwägen, ob sie diplomatische Beziehungen zu Washington aufnehmen sollen, sind diese Präzedenzfälle von Bedeutung. Der Dialog hat Iran nicht geschützt.

Laut Reuters argumentieren nun seit Beginn des Krieges prominente Stimmen innerhalb des iranischen Regimes, Teheran solle aus dem Atomwaffensperrvertrag austreten und die Bombe entwickeln. Der neue oberste Führer Irans, Mojtaba Khamenei, vertritt angeblich eine härtere Linie als sein Vater und Vorgänger. Sein Vater hatte eine Fatwa gegen Atomwaffen erlassen und Berichten zufolge hochrangigen iranischen Militärführern, die sich für die Bombe aussprachen, Widerstand geleistet.

Sollte Iran ein Atomwaffenprogramm entwickeln, könnten die Folgen für die regionale Verbreitung schwerwiegend sein. Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman hat wiederholt seine Ablehnung von Atomwaffen bekräftigt. Allerdings hat er unter anderem in einem Interview aus dem Jahr 2023 gewarnt, dass das Königreich versuchen

würde, eine Atomwaffe zu erwerben, sollte Iran dies tun. Ein solcher Schritt könnte wiederum in einer ohnehin schon instabilen Region andere Staaten dazu anregen, Atomwaffenprogramme zu entwickeln.

In Ostasien ist die Lage ähnlich besorgniserregend. In Japan und in Südkorea wird seit mehreren Jahren ernsthaft über den Erwerb eigener Atomwaffen debattiert. Diese Debatten werden angeheizt von Chinas fortgesetztem nuklearem Aufbau, von Nordkoreas wachsendem Arsenal und von Bedenken hinsichtlich der Verlässlichkeit der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien. Die Stationierung von THAAD-Raketenabwehrsystemen in Südkorea im Jahr 2017 war ein sichtbares Symbol für das Engagement der Vereinigten Staaten in der Region. Sie bekräftigte Washingtons Absicht zur Verteidigung seiner Verbündeten im Falle eines Angriffs, gegebenenfalls auch unter Einsatz seiner Atomwaffen.

Washington hält weiterhin an der Verteidigung Südkoreas im Rahmen des gegenseitigen Verteidigungsvertrags von 1953 fest und unterhält eine starke militärische Präsenz in Ostasien. Die Berichte über eine Verlegung von THAAD-Systemen deuten jedoch darauf hin, dass Washington seinen Engagements im Nahen Osten möglicherweise Vorrang vor seinen Verpflichtungen im indopazifischen Raum einräumen könnte. Dies zeigt, dass die Fähigkeiten der USA, an mehreren Fronten gleichzeitig zu agieren, begrenzt sind, und es birgt für Washingtons Partner das Risiko, dass andere die Gelegenheit ausnutzen könnten, dass die Vereinigten Staaten anderweitig abgelenkt sind, um sie anzugreifen.

Der Iran-Krieg hat zudem Fragen hinsichtlich der Fähigkeit der USA aufgeworfen, ihre Verbündeten zu verteidigen. Zwar haben US-Verteidigungssysteme viele iranische Raketen abgeschossen, doch war Washington nicht in der Lage, seine Partner im Nahen Osten vollständig vor Irans Vergeltungsschlägen zu schützen. Vor diesem Hintergrund könnten nicht-nukleare Partner der USA versuchen, eigene nationale nukleare Abschreckungskapazitäten aufzubauen.

Die Verbreitung von Nuklearwaffen ist weder unvermeidlich noch strategisch rational.

Nichts davon macht die Verbreitung von Nuklearwaffen unvermeidlich oder strategisch rational. Die potenziellen Kosten für das Streben nach einer Atomwaffe bleiben hoch: umfassende Sanktionen, der Ausschluss aus internationalen Finanzsystemen und der Zusammenbruch von Sicherheits- und Handelsbeziehungen, deren Aufbau Jahrzehnte gedauert hat. Eine glaubwürdige erweiterte Abschreckung bietet weiterhin eine

> zuverlässigere Garantie als der Aufbau eines anfälligen nationalen Programms. Der Weg zur nuklearen Abschreckung ist weder schnell beschritten noch kostenlos – ein Staat, der sich eine Waffe beschaffen will, wird zunächst eher präventive Maßnahmen auf sich ziehen, als diese abzuschrecken.

Leider werden diese Argumente gerade untergraben und sogar widerlegt. Das Auslaufen des New-START-Vertrags zwischen den USA und Russland hat aus der Sicht anderer Länder die Argumente für Zurückhaltung geschwächt. Im vergangenen Monat warfen die USA Russland und China vor, Atomtests durchzuführen. Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump das Pentagon angewiesen, zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder Tests aufzunehmen. Und während Trump 2016 die Verbreitung von Atomwaffen als das „größte Problem“ der Welt bezeichnet hatte, schloss er im selben Interview nicht aus, dass Japan und Südkorea eigene Waffen erwerben könnten, und sagte, dies sei „etwas, worüber wir sprechen müssen“.

Diese Zweideutigkeit und die Signale, die die jüngsten Ereignisse aussenden, bergen die Gefahr, dass etwas normalisiert werden könnte, was lange Zeit als grundlegende rote Linie galt. Die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Nichtverbreitungsnorm erfordert Maßnahmen an mehreren Fronten, und zwar dringend. Washington muss der Stärkung seiner erweiterten Abschreckungsverpflichtungen gegenüber den ostasiatischen Verbündeten Priorität einräumen. Sichtbare Zusicherungen – durch Truppenstationierungen, gemeinsame Übungen und formelle Bekräftigungen – sind ebenso wichtig wie die zugrunde liegenden militärischen Fähigkeiten. Die Verbündeten der USA müssen erkennen können, dass der Abzug von THAAD eine operative Entscheidung war und kein Signal für nachlassendes Engagement, und dass die dadurch entstandene Lücke wieder geschlossen wird.

Die bevorstehende Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags bietet eine wichtige Gelegenheit, die nukleare Verbreitungsdebatte zu führen. Die Staaten sollten sie nutzen, um ihre Nichtverbreitungsverpflichtungen gemeinsam klar zu bekräftigen und zu signalisieren, dass ihnen allen die Aushöhlung der Rüstungskontrollarchitektur Sorge bereitet. Koordinierter diplomatischer Druck kann die politischen Kosten der Verfolgung eines Atomwaffenprogramms erhöhen. Die fünf Kernwaffenstaaten im NVV sollten unmissverständlich klarstellen, dass nukleare Proliferation reale Konsequenzen nach sich zieht. Sie sollten nicht auf abstrakte Prinzipien verweisen, sondern auf die gelebte Realität der anhaltenden Isolation

Nordkoreas, die seinem Volk großes Leid verursacht hat.

Staaten, die eine eigene nukleare Abschreckung erwägen, sollten auch die konventionellen Alternativen ernsthaft abwägen. Die Fähigkeit zu Präzisionsschlägen großer Reichweite kann einige der abschreckenden Wirkungen nicht-strategischer Atomwaffen nachahmen, und zwar ohne die damit verbundenen Kosten, ohne nukleare Eskalationsrisiken und ohne die internationalen Konsequenzen. Die Stärkung der konventionellen Streitkräfte bietet einen glaubwürdigen Weg zu mehr Sicherheit, der zugleich das Nichtverbreitungsregime aufrechterhält. Das Nichtverbreitungsregime hat schon in der Vergangenheit schwierige Zeiten überstanden. Es kann jedoch nicht auf unbestimmte Zeit bestehen bleiben, wenn die Großmächte weiterhin durch ihr Handeln signalisieren, dass Atomwaffen die einzige verlässliche Sicherheitsgarantie sind. Das Zeitfenster, um diese Botschaft zu entkräften, wird immer kleiner.

Die englische Originalversion des Artikels erschien zuerst bei Chatham House.



Georgia Cole
London

Georgia Cole ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm für Internationale Sicherheit des *Chatham House* und Mitherausgeberin des *Journal of Cyber Policy*. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen bewaffnete Konflikte, Abrüstung und Technologiepolitik.